

Redebeitrag zum Haushaltsplan für 2023 am 12. Dezember 2022

Fraktionsvorsitzende Nadja Lösch:

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträtinnen der demokratischen Fraktionen,
liebe Gäste,

vor ziemlich genau einem Jahr standen Herr Hempel und ich auch gemeinsam hier und erläuterten unsere Vorstellungen zum Haushalt 2022. Damals ermahnte uns Herr Dr. Trümper, dass wir nicht einfach Haushaltsanträge aus dem luftleeren Raum stellen können, sondern eine Gegenfinanzierung in den jeweiligen Anträgen vorschlagen sollen.

Diese Kritik nahmen wir ernst und wollten uns langfristig auf den Haushalt 2023 vorbereiten. Noch im Februar dieses Jahres stellten wir daher den Antrag, dass uns die Unterlagen der Verwaltung zum Haushalt als maschinenlesbare Daten zu Verfügung gestellt werden. Ich erkläre auch kurz, weshalb das so wichtig wäre. Bisher (und auch wieder in diesem Jahr, denn - kleiner Spoiler - unser Antrag war bisher noch in keinem Ausschuss) bekommen wir als Stadträt*innen elektronische Materialien als PDFs für den Haushaltsplan zur Verfügung gestellt. Diese orientieren sich an den rechtlichen Anforderungen des Landesverwaltungsamtes. Dazu erhalten wir viele Zentimeter-dicke Aktenordner die mit Sackkarren in die Geschäftsstellen der Fraktion transportiert werden und entsprechend auch nur dort eingesehen werden können. Einfache, moderne Möglichkeiten einer digitalen Stichwortsuche oder Sortieren der zahlreichen Tabellen, um etwas in diesen gesackkarten Ordnern zu recherchieren, gibt es leider nicht. Und in manchen Dokumenten dürfen wir dann erraten, was der Unterschied ist zwischen: Plan 2023 - Planvorgabe 2023 - Planansatz alt 2023 - Planansatz neu 2023 - Ansatz 2023.

Es stellt kein Problem für die Verwaltung dar, Planzahlen bis 2026 vorzulegen, aber, wenn wir zur besseren Einordnung auch die Ist-Zahlen der zurückliegenden 4 Jahre wünschen, dann scheint das schier unmöglich.

Aus diesem Grund unser Antrag, uns allen den Haushalt in maschinenlesbaren Daten zur Verfügung zu stellen. Wie erwähnt - im Februar haben wir diesen gestellt. Die Verwaltung ist daraufhin in der Pflicht, erst einmal eine Stellungnahme zu erarbeiten mit dieser der Antrag dann in einzelne Ausschüsse geht, um dann letztendlich im Stadtrat beschlossen (oder abgelehnt) zu werden.

Bis heute hat es unser Antrag nicht in den SR geschafft. Als die Verwaltung im Oktober durch die Fraktionen und Ausschüsse zog, um den Haushalt vorzustellen, fragten wir natürlich vorsichtig nach, was denn los sei. Erst da bekamen wir die Antwort, dass das alles viel zu kompliziert und nur mit erheblichen Mehrkosten zu realisieren wäre. Die Chance diesen Haushaltsentwurf schon in maschinenlesbarer Form zu sehen, starb bei diesem Termin. Wir hätten uns zumindest in der Folge kleinere Teillösungsvorschläge erhofft, statt nur den Verweis auf die zu teure Großlösung. Auch sind

wir überrascht, dass wir erst auf Nachfrage im Oktober eine Information erhalten haben und bis dahin Stillschweigen herrschte.

Dieses Stillschweigen hat einerseits dazu geführt, dass wir unsere Arbeit als Stadträt*innen wieder nur schwerlich erbringen konnten; es hat aber auch verhindert, dass der Stadtrat sich mit der Thematik befassen konnte und benötigte Haushaltsmittel für die Umsetzung eines neuen Verfahrens für das Jahr 2023 einzuplanen. Für uns alle ist das Amt im Stadtrat ein ehrenamtliches – wir haben Berufe und Familien, denen wir gerecht werden wollen und müssen – gleichwohl ist uns unsere Verantwortung klar, die wir für die Menschen Magdeburgs haben, wenn wir über den Haushalt diskutieren.

Während wir vor einem Jahr noch über die Einschnitte der Coronapandemie für die Menschen dieser Stadt sprachen, brachte das Jahr 2022 eine andere fruchtbare Krise über die Welt. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bringt unsagbar viel Leid über Menschen. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den Ukrainer:innen sowie allen Russ:innen, die sich gegen Putin stellen und damit ihre Verhaftung und Verurteilung riskieren.

Aber auch der Rest der Welt spürt die Auswirkungen von Putins imperialistischen Allmachtsphantasien. Steigende Energiepreise, Nahrungsmittelknappheit sowie Engpässe in der Medikamentenversorgung sind nur ein paar der Auswirkungen die die Menschen auch hier in Magdeburg spüren. Dazu kommen Ängste, Unsicherheiten und Ungewissheit die uns auch in Deutschland prägen. Wir haben uns vor einigen Monaten mit Absicht nicht an der vermeintlichen aktuellen Debatte beteiligt und wiesen nur darauf hin, dass wir den Menschen hier vor Ort mit ihren Ängsten und Nöten tatsächlich helfen wollen. Und diese Chance geben wir euch heute allen hier: Mit unserem Antrag zum Sozialfond für in Not geratene Menschen machen wir ein konkretes politisches Angebot auf kommunaler Ebene, denn das, was es bisher gibt, reicht für die Bedürftigsten nicht. Das wissen wir alle. Weiterhin haben wir sehr kurzfristig noch einen Änderungsantrag zur Schulspeisung gestellt, der mit 15.000,00 € eine eher geringe finanzielle Belastung für den Haushalt darstellt, aber Kindern in kurzfristiger Not helfen kann. Eine genauere Vorstellung und Begründung geben wir nachher bei der Einbringung.

Wir haben erst am Donnerstag eine zweite überplanmäßige Ausgabe der Mittel zur Hilfe für Erziehung beschlossen.

Und ich muss zugeben, dass ich mich über die Einstimmigkeit des Beschlusses in der Sitzung im November, als wir die erste überplanmäßige Ausgabe für den HZE-Bereich beschlossen haben, sehr gefreut habe. Insbesondere freuten mich deine Worte, Wigbert, in denen du deutlich gemacht hast, dass die Arbeit des Jugendamts gerade im HZE-Bereich eine so wichtige wie herausfordernde Arbeit ist.

Ich erinnere mich aber auch noch an all unsere Anträge der letzten Jahre in den wir betont haben wie wichtig Prävention ist. Denn ohne Prävention werden die Kosten für Hilfen zur Erziehung immer weiter steigen. Wir sind gerade in der Haushaltsdebatte und da geht es ums Geld, aber hier ist es mir wichtig

zu betonen das hinter der Überschrift HZE viele Biographien stecken, viele Familiengeschichten, jede Menge Schmerz und Einzelschicksale von denen wir uns niemals wünschen würden, dass wir oder Menschen, die wir lieben, in solche Situationen kommen. Es ist unsere Verantwortung nicht nur die Mittel für die Kosten zu beschließen - das ist das Mindeste! - sondern alles dafür zu tun, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Familien in Magdeburg so gut aufwachsen können wie nur möglich. Dafür braucht es langfristige Konzepte, es braucht Bildungs- und Erziehungspartnerschaften mit Sorgeberechtigten und Fachkräften.

Es braucht eine Verstetigung der Projekte wie Kita- und Schulsozialarbeit an jeder Bildungseinrichtung unabhängig von Bundes oder Landesprojekten. Und vor allem brauchen wir ein personell gut ausgestattetes Jugendamt, in dem sich die Mitarbeitenden nicht regelmäßig gezwungen fühlen, Überlastungsanzeigen zu stellen.

Die positiven Änderungen im Stellplan des Sozialdezernats sind uns natürlich aufgefallen. Aber uns muss allen klar sein das das noch nicht genug ist. Ich muss dazu sagen das Investitionen in präventive Maßnahmen im Kinder und Jugendbereich nur wenig kurzfristige Effekte bringen werden. Aber mittel und langfristig werden wir positive Entwicklungen im Kinder und Jugendhilfebereich für den Haushalt sehen. Ein angenehmer Nebeneffekt, neben dem Ermöglichen eines sicheren und freudvollen Aufwachsens.

Zum Schluss, aber nicht zuletzt, ist es mir ein Bedürfnis, die Situation in der Ausländerbehörde zu thematisieren: Jahrelange Fehlplanungen und Fehleinschätzungen haben dazu geführt, dass die Ausländerbehörde in einem desolaten Zustand ist und damit einer der Systemsprenger der Verwaltung. Und auch wenn ich diesen Begriff nicht mag, wenn er im Zusammenhang mit Individuen genutzt wird, so erscheint es mir umso angemessener, ihn im Rahmen von behördlichen Strukturen zu verwenden, die nicht mehr in der Lage sind, die ihnen zugedachten Aufgaben in einer für die Menschen angemessenen Art und Weise zu erledigen. Ich möchte betonen, dass es mir hier nicht um Mitarbeitenden-Schelte geht, denn ich weiß, wie viele Angestellte sich mit großem Engagement sprichwörtlich jeden Tag den Hintern aufreißen, um ihre Arbeit vernünftig zu erledigen und dabei an ihre Grenzen gehen. Sie brauchen dringend personelle und strukturelle Unterstützung.

Uns ist bewusst, dass der Haushalt 2023 auch wieder ein sehr ungewisser ist, wir haben uns deshalb in unseren Anträgen auf die wesentlichen sozialen Punkte beschränkt, die zum einem den Menschen während der Energiekrise helfen und Betroffene von Gewalt unterstützen sollen.

Mein Co-Vorsitzender Rene Hempel wird im folgendem u.a. auf Aspekte hinsichtlich Stadt- und Verkehrsentwicklung eingehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Nadja Lösch
Fraktionsvorsitzende

- Es gilt das gesprochene Wort -